

TOP 3.7.3. Start der AK-Kampagne gegen Steueroasen, für Steuergerechtigkeit

1. Beschreibung der Problematik

ExpertInnenschätzungen zufolge befinden sich rund 21.000 Mrd. US-Dollar auf Konten in Offshore-Zentren. Ein Großteil davon bleibt unbesteuert. In Summe entgehen alleine den EU-Ländern laut Europäischer Kommission 1.000 Mrd. Euro an Steuereinnahmen – verursacht durch aggressive Steuerpraktiken von Konzernen und vermögenden Einzelpersonen. Auf der anderen Seite leiden bis heute viele Menschen an den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008, die zu einem Anstieg von Arbeitslosigkeit und Armut sowie zu einem Absinken der Realeinkommen in Europa geführt hat. Gerechtigkeit sieht anders aus.

Welche Dimension die legalen und illegalen Steuervermeidungspraktiken über Steueroasen haben, wurde der Öffentlichkeit durch die Veröffentlichung von vertraulichen Dokumenten aus Luxemburg und Panama so richtig bewusst. Die Europäische Kommission unter ihrem Präsidenten Jean-Claude Juncker geriet insbesondere wegen der in Luxemburg eingeräumten Steuervergünstigungen für Konzerne und Superreiche unter starken Druck. Die Kommission reagierte schließlich mit einem umfangreichen Aktionsplan, der Steueroasen austrocknen und für mehr Steuergerechtigkeit sorgen soll.

2. Ziele der Kampagne

Mit der neuen AK-Kampagne „No to Tax Havens“ soll nun öffentlich Druck auf EntscheidungsträgerInnen ausgeübt werden, damit die geplanten EU-Maßnahmen gegen Steueroasen und für mehr Steuergerechtigkeit auch tatsächlich umgesetzt werden. Erfahrungen aus der Vergangenheit haben gezeigt, dass Vorhaben auf EU-Ebene zum Wohle der Bevölkerung allzu oft auf die lange Bank geschoben, verwässert oder schließlich sogar derart verändert wurden, dass sie sich gegen die Interessen der Menschen richten.

Die Kampagne hat daher folgende Ziele:

- Aufklären und informieren: Interessierte und UnterstützerInnen sollen über Verhandlungsstand und Entscheidungen auf EU-Ebene beim Kampf gegen Steueroasen, für Steuergerechtigkeit informiert werden.
- Aktionen setzen: Vor wichtigen Entscheidungen insbesondere im Rat und im EU-Parlament bitten wird die UnterstützerInnen der Kampagne, Forderungen an die EU-EntscheidungsträgerInnen zu senden – per E-Mail, Twitter und Facebook.
- So viele BündnispartnerInnen wie möglich finden, v.a. auf EU-Ebene. Darunter viele Organisationen (geplant), die uns bereits bei der FTT-Kampagne unterstützt haben.

Der Start der Kampagne ist für Anfang September 2016 geplant!

Kommunikationsstrategie

Im Rahmen der Kampagne sind folgende Schritte geplant:

- In einem ersten Schritt werden möglichst viele UnterstützerInnen gesammelt.
- Diese werden gebeten, unsere Forderungen via E-Mail und Soziale Medien zu unterstützen. Die erste Aktion ist zur Finanztransaktionssteuer geplant, die im September durchgeführt werden soll.
- Pro Woche sollen ein bis zwei neue Artikel auf der Plattform erscheinen. Diese Beiträge werden von uns oder von unseren BündnispartnerInnen (nach unserem Ok werden sie von uns eingestellt) verfasst.
- Die UnterstützerInnen werden per Newsletter regelmäßig (je nach Neuigkeitenlage alle 2 bis 3 Wochen) über die Entwicklungen auf EU-Ebene informiert und zu Aktionen aufgerufen.
- Twitter und Facebook: UnterstützerInnen können mittels Twitter- und Facebook-Meldungen unsere Kampagnenbeiträge direkt an die zuständigen EU-PolitikerInnen weiterleiten und sie zur Diskussion oder Stellungnahme auffordern. Zudem gibt es Feed-Fenster auf der Kampagnenwebsite bei der Tweets/Posts mit dem Hashtag #nototaxhavens #panamapapers angezeigt werden.

Die AK Wien wird ab Anfang September folgende Maßnahmen setzen (erste Welle):

- Einbinden von Arbeiterkammern in den Bundesländern – PressereferentInnen, Internetredaktionen, EU- und Steuerabteilungen
- Einbindung von ÖGB & Gewerkschaften (Online-Redaktionen und auf ExpertInnenebene)
- AK für Sie-Artikel (Ausgabe vom 5. September)
- Mail an alle AK MitarbeiterInnen
- Spezialinfo für alle AK MitarbeiterInnen, die das Social Media Team als „Social Media Angels“ unterstützen bzw. die auf Twitter aktiv sind – Aufruf, die Kampagne aktiv zu stützen
- Beitrag im A&W-Blog und im nächsten EU-Infobrief
- Facebook-Posts

Weitere geplante Kommunikationsschritte:

- Vernetzung mit NGOs wie Attac, Caritas, aufstehn.at, Armutskonferenz, ÖH u.ä.
- „Aktuell“ an Betriebsräte mit Infos über Panamapapers und die Kampagne
- Info an die Kammerräte, insb. Berichte in EU-Ausschuss und Finanzausschuss
- Pressearbeit – Auftakt PA z.B. wenn die Entscheidung über die Finanztransaktionssteuer fällt
- Facebook Ads
- Infoveranstaltung für AK MitarbeiterInnen
- Veranstaltung zu einem Steuerthema in Brüssel (z.B. anlässlich der Veröffentlichung des Kommissionsvorschlags zur Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage) mit Bewerbung der Kampagne
- Info an relevante PolitikerInnen (z.B. FinanzsprecherInnen der Parlamentsparteien, EU-Abgeordnete,...)
- Info an relevante wissenschaftliche Player (z.B. Tax Justice Network, Böcklerstiftung, Gabriel Zucman und andere Promi-WissenschaftlerInnen,...)

3. Vorläufige Fixpunkte der Kampagne

Aktionen

- Anfang September: Kampagnenseite geht online – UnterstützerInnensammlung
- Anfang September: Entscheidung über FTT soll im Oktober 2016 definitiv fallen. Daher erste Aktion mit E-Mails aller UnterstützerInnen an involvierte FinanzministerInnen und evtl. Premiers
- Mitte/Ende September: Anlässlich der Aufnahme der Sitzungen des neuen PANA-Untersuchungsausschusses unsere Forderungen an die EU-Abgeordneten senden
- IFAM-Forum am 28. September – Live Stream
- 8. November: eventuell im ECOFIN Verabschiedung der FTT geplant – vorher noch einmal nachfassen!

Mögliche weitere Aktionen noch ohne Datum:

- Zu country-by-country reporting an die EU-Abgeordneten mit unseren Forderungen
- Bei Vorliegen des EU-Parlaments-Berichtsentwurfs des EP-PANA-Untersuchungsausschusses
- Zur Konzernbesteuerung vor wichtigen Entscheidungen in Rat und EP
- Zu den Vorschlägen über Transferpreise und Patentboxen an die EU-Abgeordneten

Informationen

Geplante bzw. mögliche Artikel für September/Oktober 2016:

- Bericht über Finanztransaktionssteuer nach der ECOFIN-Sitzung
- Infos zum Start des PANA-Untersuchungsausschusses, danach laufende Berichterstattung
- Allgemeininfos zu Panama Papers und LuxLeaks
- Bericht über Pläne zur EU-Konzernbesteuerung
- Allgemeiner Artikel zu Steuerbetrug
- Artikel Datenleaks und Whistleblower
- Artikel über die Kosten des „Steuersumpfs“
- Infos zu Steuerungerechtigkeit allgemein
- Artikel zu den Aktivitäten im Europäischen Parlament, z.B. zum country-by-country Reporting, Aktionsplan im Bereich Mehrwertsteuer, Offenlegung von Ertragsteuerinformationen
- Veranstaltungshinweis bzw. Bericht zum IFAM-Forum in Kooperation mit FALTER, 28.9., ab 16.30h, AK Wien: Veranstaltung zu Panama Papers, Übertragung des Livestreams auf der Kampagnenseite.